

SPD
ORTSVEREIN DIEMELSEE
www.SPD-Diemelsee.de

Offener Brief an die Diemelseer CDU, FDP und FWG

Einsparungen durch die Landesregierung für Diemelsee nicht tragbar

Den Kommunen brechen die Einnahmen wegen der Wirtschaftskrise weg. Das ist die logische Konsequenz der Finanzkrise. Was sich in der freien Wirtschaft jetzt abzeichnet, wird uns auch in Diemelsee in den nächsten Jahren gnadenlos treffen. Wir werden dies durch Sparen allein nicht kompensieren können. Schon jetzt ist ein ausgeglichener Haushalt nicht mehr möglich. Wir alle werden uns auf höhere Abgaben einstellen müssen.

In dieser Situation den Kommunen ab 2011 auch noch 400 Millionen Euro weniger zur Verfügung zu stellen, ist ein Fiasko, eine Bankrotterklärung des Landes und vermutlich auch für die ein oder andere Kommune. Nicht einmal die Einwohnerzahl, die Gemeindefläche und die Anzahl der Gewerbetriebe werden von der Landesregierung berücksichtigt. Wir als flächengrößte Gemeinde Nordhessens werden die Auswirkungen deutlich zu spüren bekommen. Das kann und darf nicht einfach so hingenommen werden. Investitionen werden dann nicht mehr möglich sein, Diemelseer werden dann noch mehr belastet. Ernsthaft kann dies kein Diemelseer Kommunalpolitiker unterstützen und wollen. Alle Diemelseer Parteien sollten sich zum Wohle unserer Gemeinde, gemeinsam gegen dieses Vorhaben der Landesregierung öffentlich aussprechen. Schon jetzt sind die meisten Maßnahmen in den Ortsteilen nur möglich, weil dort durch Eigenleistung der Diemelseer Bürger die Investitionen umgesetzt werden. Das kann und darf nicht noch extremer werden und nicht noch mehr den heimischen Betrieben schaden.

Allein die Finanzkrise wird uns erhebliche Einnahmeverluste in unserer Gemeinde mit mehreren 100.000€ hart treffen. Die geplanten zusätzlichen Einsparungen mit der Rasenmähermethode der Landesregierung ab 2011 können und werden wir keinesfalls einfach so hinnehmen. Wir Diemelseer müssen über die Parteigrenzen hinweg zusammenstehen, um das Schlimmste zu verhindern.

Dies gilt natürlich auch für die angekündigte Einsparung bei der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung. Wir haben nicht nur in unserem Landkreis federführend damit begonnen, sondern auch gerade erst die Stelle für die Mittelpunktschule in Adorf neu ausgeschrieben.

Wir appellieren an Sie, an Euch Mitglieder der CDU, der FDP und der FWG gemeinsam mit uns gegen dieses Vorhaben der Landesregierung vorzugehen. Zum Wohle von Diemelsee.

gez.
Michael Hechsel
Vorsitzender der SPD-Diemelsee

gez.
Martin Tepel
Vorsitzender der SPD-Fraktion